

Differenzen beim Thema Mittelbau

DGB fragt Tübinger Landtagskandidaten nach Arbeitsbedingungen und Klinikinvestitionen

Drei Hände hoben sich, als Moderator Ralf Jaster beim DGB-Podium die Landtagskandidaten fragte, wer für eine Vermögenssteuer und höhere Erbschaftssteuer eintritt: Zumindest in Tübingen gäbe es da eine rot-grüne Koalition. In anderen Fragen herrschte Einvernehmen auch mit CDU und FDP.

RENATE ANGSTMANN-KOCH

Tübingen. Der Mittwochabend im „Lamm“ verlief betont freundlich, selbst bei der abschließenden Publikumsrunde. Das lag wohl nicht nur daran, dass Ralf Jaster bat, auf Missfallenskundengebungen zu verzichten. Es wirkte sich auch aus, dass sich die Kandidaten von CDU, Grünen, SPD, FDP und der Linken von jahre- oder jahrzehntelanger Arbeit in kommunalen Gremien oder im Landtag kennen und sich oft auch schätzen. Das Freie Radio Würtste Welle übertrug den Abend des Tübinger DGB-Arbeitskreises live.

Meinungsunterschiede zeigten sich vor allem in der Rückschau – etwa bei der Frage, wer den sinkenden Bestand an Sozialwohnungen oder den Investitionsstau und den Pflegekräftemangel an den Unikliniken zu verantworten hat. Einzig die Linke gehörte dem Landtag noch nie an, geschweige denn der Regierung. Die Grundfrage „mehr Staat oder mehr privat“ führte auch zu unterschiedlichen Positionen bei der Wohnbauförderung oder der Arbeitsbedingungen an den Hochschulen.

Tobias Kaphegyi (DGB) begründete einhgangs vor rund hundert Zuhörern und Zuhörern, weshalb der

DGB die AfD nicht eingeladen hatte: Ihre Forderungen sind den gewerkschaftlichen Zielen und Arbeitnehmerinteressen diametral entgegen. Auch die Flüchtlingspolitik, die ein „sehr alarmistisches Mediengeflüse“ nach sich gezogen habe, sollte kein Thema sein: Man wolle Angst- und Bedrohungsszenarien nicht fördern. Die Menschen, die jetzt kommen und bleiben wollten, seien kein Problem sondern ein Gewinn.



Alle wollen mehr in die Kliniken investieren

Alle wollen mehr in die Kliniken investieren

Dorothea Kliche-Behnke (SPD) und Bernhard Strassdeit (Linke) stellen sich als Gewerkschaftsmitglieder vor. Dietmar Schönning (FDP) gehörte einst der GEW an, trat aber aus, weil er sich darüber ärgerte, dass sie auf einer Einzugsnehmängigung bestünde. Der Grünen-Landtagsabgeordnete Daniel Ledé Abal gehörte als früherer Geschäftsführer einer Weinhandlung eher nicht zur klassischen Gewerkschaftsklientel. Klaus Tappesser (CDU) nutzte die Frage zu einem Bonmot: „Es muss auch Leute außerhalb der Gewerkschaften geben, sonst haben sie ja keine Symptomsanten.“

Das erste Thema war **Gesundheit**. Angela Hauser, Personalratsvorsitzende des Uniklinikums, schilderte das Dilemma der Krankenhäuser: Da das Land seine Pflicht nicht hinreichend erfüllt, müssen sie Sanierung und Neubau aus Eigenmitteln finanzieren, die für die Behandlung und Pflege der Patienten gedacht

sind. Ledé Abal räumte ein, dass das Land 400 Millionen Euro jährlich in die Kliniken investieren müsste. Man sei jetzt bei 300 Millionen, weit mehr als vor 2011. Tappesser gab zu, als früherer Amts-Chef im Wissenschaftsministerium für die Situation mitverantwortlich zu sein. „Das war damals nicht zu finanzieren“, sagte er: „Wir werden um

ein Sonderprogramm nicht herumkommen.“ Auch Kliche-Behnke will höhere Landesinvestitionen, überdies für eine gesetzliche Personalbemessung. Schönning hält noch weit höhere Investitionen für nötig. Strassdeit gelobte Wolfgang Schäubles Drang zur „schwarzen Null“ und forderte eine Vermögenssteuer von 5 Prozent ab der zweiten Million: „Das würde dem Land 10 Milliarden Euro im Jahr bringen.“

● Eine weitere Modellrechnung hat sie es in sich. Sie betrat die **Arbeitsbedingungen an den Hochschulen**: Würden Landtagsabgeordnete so bezahlt wie Lehrbeauftragte an der Uni – kein Geld für die Vorbereitung, keinen Cent für ausfallende Stunden, keine Versicherung – bekämen sie netto monatlich 362,93 Euro, sagte Stefanie Kiocherer von der Initiative Gruppe Lehrbeauftragte Tübingen. Die Diäten sind 20 Mal so hoch, 90 bis 90 Prozent der Stellen im akademischen Mittelbau seien befristet, monierte Christoph Haack von der GEW-Hochschulgruppe, auch wegen der Projektförderung durch Drittmittel. Die „eigenlich gute Idee“, mit Lehrverträgen Experten von außen an die Unis zu holen, sei „aus Geldmangel so pervertiert worden“, dass man unbefristete

Stellen durch schlecht bezahlte Lehrbeauftragte ohne Arbeitnehmerrechte ersetzt habe.

CDU-Mann Tappesser lobte Grün-Rot, wieder Projektmittel auf dauerhafte Stellen umgeschichtet zu haben. Kliche-Behnke wehrte sich gegen den Begriff Spardiktat: Grün-Rot habe 1 Milliarde Euro in Bildung und Betreuung investiert. Strassdeit forderte, das Land dürfe als öffentlicher Träger nicht Vorreiter bei prekärer Beschäftigung sein.

Eine Milliarde Euro als Befreiungsschlag

● Dritter großer Komplex war die **Wohnungspolitik** Bundesweit fehlten etwa 4 Millionen Sozialwohnungen, sagte Jens Rüggeberg. Unter den dreiflig Städten mit den höchsten Mieten fänden sich 16 baden-württembergische.

Kliche-Behnke forderte, dass es in Neubaugebieten 30 Prozent Sozialwohnungen geben müsse. Für dieses Ansinnen habe die SPD die Linke noch vor drei Jahren für verrückt erklärt, mokierte sich Strassdeit. Die FDP will nicht nur auf staatliche Wohnbauförderung setzen, sondern alles überprüfen, was Bauen teurer macht, damit Privateure investieren. Das werde nicht reichen, glaubt Ledé Abal. Die Mieten im Land lägen um 20 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Tappesser setzt auf Förderprogramme und einen Befreiungsschlag: „Warum nicht mal 1 Milliarde Euro im Land loslassen? Wir brauchen einen Kräftakt, damit nicht verschiedene Gruppen gegeneinander ausgespielt werden.“